



Rundmail

7. Juli 2009

Bündnisplattform für 500 Euro Eckregelsatz gestartet !

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Bündnisplattform "Kinderarmut durch Hartz IV" war erfolgreich, die Bundesregierung musste dem Druck nachgeben und hat die Regelsätze für Kinder von 6 bis 13 Jahren ab 1.7.2009 erhöht. Aber die Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren sollen leer ausgehen! Die Antwort lautet, da muss eben der Eckregelsatz auf 500 Euro erhöht werden. Dafür findet sich zusätzlich eine schlagende Begründung: der geltende Regelsatz enthält lediglich 3,94 Euro für Verpflegung pro Tag. Da versteht jeder sofort, dass das für Ernährung nicht reicht und die ALG-II-Leute zum Hungern und zur Mangelernährung zwingt. Mit einer Erhöhung des Eckregelsatzes auf 500 Euro werden auch Kinder und Jugendliche endlich besser gestellt.

Mit Mangelernährung lässt sich zurecht mobilisieren, weil dabei Unverständnis und Empörung wächst, während für benachteiligte Jugendliche allein zwar Verständnis herrscht, daraus aber noch keine schwungvolle Mobilisierung entsteht. In der Zuspitzung auf die Schwachstelle Mangelernährung liegt unsere Durchsetzungschance.

Vielleicht kommt jetzt der Einwand, was soll uns denn das schon nützen, angesichts der Krise? Richtig, der Betrag hilft nur ein wenig, aber gegen die kommenden Zumutungen für Erwerbslose hilft Durchsetzung enorm. Wo findet Durchsetzung sonst noch statt? Diesen Mut, diesen Optimismus gilt es konsequent aufzubauen.

Im Anhang dieser Rundmail findet Ihr das Protokoll des 30. bundesweiten Treffens vom 20. Juni in Leipzig.

Inhalt dieser Rundmail:

1. Bündnisplattform für 500 Euro Eckregelsatz gestartet – Jetzt unterstützen! Die Unterstützung jedes Menschen und jeder Organisation wird gebraucht!
2. Vorschlag der Kasseler Aktionskonferenz: Lokale Bündnisse entwickeln und dezentralen Aktionstag am 17. September vorbereiten.
 - 2a) Aufruf des Bündnis 31. Januar
3. Stichwort FDP und Friedrich-Naumann-Stiftung: Nicht nur Pläne gegen Erwerbslose, sondern auch Unterstützung des Militärputsches in Honduras geht auf ihr Konto!

1. Bündnisplattform für 500 Euro Eckregelsatz

Der Aufruf für diese Bündnisplattform liegt nun vor. Alle UnterstützerInnen der Kinderplattform sind angeschrieben worden, und die ersten UnterzeichnerInnen aus unterschiedlichsten Bereichen unterstützen die neue Plattform bereits. Bis die entgültige Homepage der Kampagne <http://www.500-euro-eckregelsatz.de> online gehen wird, sind die Informationen auf der vorläufigen Seite <http://www.die-soziale-bewegung.de/500-euro-eckregelsatz.html> abrufbar. Auch Antworten auf häufig gestellte Fragen werden dort zu finden sein.

Die Kinderplattform brachte das Fass zum Überlaufen, die Bundesregierung war zu einem ersten Zugeständnis bei den Regelsätzen gezwungen: Der Regelsatz der Kinder von 6 bis 13 Jahren ist am 1. Juli nicht von 211 auf 215 Euro "angepasst", sondern von 211 auf 251 Euro geändert worden. Die Kinderplattform war unter maßgeblicher Beteiligung des ABSP der einzige Akteur, der sich voll und ganz auf die Wiedereinführung einer Alters-Staffelung, als "Rücknahme einer unbegründeten und empfindlichen Kürzung", bezogen hat. Mit diesem engen und zugespitzten Ansatz gelang aber der Durchbruch. Ebenso wie die Unterstützung für die Kinderplattform sich auch gegen den Willen vieler

Akteure von unten nach oben "gefressen" hatte, ist es nun notwendig, dass auch die Unterstützung für die neue Bündnisplattform für 500 Euro Eckregelsatz sich in einem basisdemokratischen Prozess entwickelt und so Druck auf der Straße und in den Organisationen entfalten wird.

Die Plattform setzt sich für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro Mindestlohn ein. Das ist gut so. Beide Forderungen gehören zusammen und verstärken sich gegenseitig. Arbeitszeitverkürzung ist ebenfalls eine wichtige und entscheidende Forderung. Die Höhe von 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro Mindestlohn begründet sie aber nicht, und deshalb ist diese Forderung in der neuen Zuspitzung nicht enthalten. Für Arbeitszeitverkürzung werden wir eine andere, eine neue Zuspitzung brauchen.

Die Unterstützung jeder Initiative, jeder Organisation und jeder Gliederung ist notwendig, damit wir gemeinsam wieder die Regierung zu einer Reaktion zwingen. Bald wird, wie bei der Kinderplattform, auch eine Unterschriftenliste mit der Möglichkeit, die Kernforderungen der Plattform zu unterstützen, zur Verfügung stehen. Sie dient dann ergänzend zu dem Flugblatt und dem Aufruf besonders zur Sammlung und Aufklärung auf der Straße. Unterstützungen von Einzelpersonen und Organisationen können zwischenzeitlich, bis die Internetseite <http://www.500-euro-eckregelsatz.de> mit einem Online-Unterstützungsformular geschaltet ist, per Email an info@kinderarmut-durch-hartz4.de mitgeteilt werden. **Teilt bitte Eure Unterstützungen mit!**

Teilt die Unterstützung bitte mit, nach dem Muster: Stichwort 500 Euro Eckregelsatz, und dann

für Einzelpersonen: *Email, *Name, *Vorname, *Ort, Beruf/Funktion, Organisation, Website

für Organisationen: *Email, Name, Vorname, Ort, Beruf/Funktion, *Organisation, Website

(Es sind jeweils nur die Angaben mit Sternchen (*) unabdingbar für eine Aufnahme in die UnterstützerInnenliste, alle anderen Angaben sind freiwillig.)

2. Ergebnisse der Kasseler Aktionskonferenz

Seit der Vorbereitung der Demonstrationen vom 28. März 09 sind MitstreiterInnen und VertreterInnen aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zum Bündnis "Wir zahlen nicht für eure Krise!" zusammengeschlossen. Auf der Aktionskonferenz am 27. und 28. Juni in Kassel haben sie nun beschlossen weiter zu arbeiten und rufen als nächstes einen dezentralen Aktionstag am 17. September aus.

Ab sofort will man beginnen, bewegungsübergreifende lokale Anti-Krisen-Bündnisse aufzubauen, um nicht nur den Aktionstag vorzubereiten, sondern auch nach der Bundestagswahl, wenn uns die Regierung die Rechnung der "Rettungsversuche" der Banken und Unternehmen präsentieren wird, handlungsfähig zu sein. Wichtig war allen in Kassel Anwesenden die Verbindung mit betrieblichen Kämpfen. Ab dem 14. September werden die ErzieherInnen und das übrige Personal der KiTas in einen unbefristeten Streik treten, wenn die ArbeitgeberInnen bis dahin kein annehmbares Angebot gemacht haben. Sollte der unbefristete Streik tatsächlich am 14. September beginnen, werden die lokalen Bündnisse versuchen, im Umfeld des bundesweiten Aktionstages, und nach Möglichkeit auch schon vom 14. September an, den Streik solidarisch in ihre Aktivitäten einzubeziehen:

Siehe auch: <http://www.jungewelt.de/2009/06-30/046.php>

Am Aktionstag wird es unterschiedlichste Aktivitäten geben, vom Infotisch bis zu größeren Aktionen von breiten Bündnissen. Bisherige Aktivitäten, die sich schon für den 17. September abzeichnen:

- Planungen von Zahltagen,
- Verbreitung der neue Bündnisplattform für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro lohnsteuerfreien Mindestlohn auf der Straße,
- es wird vor Ort krisenbedingt immer mehr betriebliche und andere Auseinandersetzungen geben. Der Kampf der Kita-Leute ist eine Auseinandersetzung, die gegebenenfalls bundesweit überall vor Ort stattfinden wird. Alle diese Kämpfe werden massive, öffentliche Unterstützung brauchen.
- das Flugblatt des Bündnis 31. Januar gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Bevölkerung zum Verteilen auf der Straße:
http://www.die-soziale-bewegung.de/2008/krise_und_umgang_-_karrennichtflott . Es ist aus unserer Sicht mit seinen Forderungen geeignet, für die soziale Bewegung eine programmatische Plattform insgesamt zu bieten (siehe nächster Unterpunkt).

Es wird im Vorfeld der Bundestagswahl im September viele Aktivitäten geben, wie eine riesige Veranstaltung der IG Metall in der Arena in Frankfurt/M und eine Anti-Atom-Demonstration in Berlin

(beides am 5. September), einen bundesweiten Mindestlohnaktionstag von ver.di und eine Demonstration "Freiheit statt Angst" in Berlin am 12. September. Alle diese Aktivitäten werden sicherlich von vielen MitstreiterInnen nach ihren Möglichkeiten und der regionalen Erreichbarkeit unterstützt. Aber der bundesweite, dezentrale Aktionstag am 17. September ist ein Termin, an welchem breite, lokale Bündnisse die Gelegenheit haben werden, als Ausdruck gegen die bisherige Krisen"bewältigung" der Regierung auf die Straße zu gehen.

2 a) Aufruf des Bündnis 31. Januar

Beim bundesweiten Treffen des ABSP am 20. Juni in Leipzig wurde über den Aufruf des Bündnis 31. Januar, "Sie kriegen den Karren nicht flott...", initiiert von der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken und dem Rhein-Main-Bündnis, diskutiert (Internetadresse siehe voriger Unterpunkt). Der Aufruf enthält die Forderungen der Triade (30,10,500), Rente mit 60, länger auszuzahlendes Alg I sowie weitere Forderungen, die eine bei weitem höhere Besteuerung von Wohlhabenden und der Unternehmen fordern, und schließt mit den Worten: "All diese Forderungen sind keine Schritte zu einer solidarischen Gesellschaft. Das Kapital ist unfähig zur Solidarität mit den arbeitenden Menschen. ..." Die Anwesenden in Leipzig haben sich entschlossen, dass das ABSP den Aufruf unterstützt. Alle Initiativen, Organisationen und Organisationsgliederungen, die den Aussagen zustimmen, sind aufgerufen, ihre Unterstützung an die Adresse info@rmb-ffm.de (Rhein-Main-Bündnis) mitzuteilen!

3. Krisenkonzepte der FDP

Der Berliner FDP-Spitzenkandidat für die Bundestagswahl, Martin Lindner, hat eine Kürzung des Hartz-IV-Regelsatzes um bis zu 30 Prozent gefordert. Im Gegenzug sollten Empfänger staatlicher Sozialleistungen zu bezahlter, gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden (siehe <http://www.jungewelt.de/2009/07-04/043.php>). Gleichzeitig schreibt die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung: "Geben wir diesen Menschen ihre Würde zurück, mit klaren politischen und gesetzlich einwandfreien Rahmenbedingungen, mit einem modifizierten sozialen Konzept, orientiert am Modell des liberalen Bürgergeldes!". Martin Lindner zeigt uns, was es mit dem liberalen Bürgergeld auf sich hat: Kürzung der Sozialleistungen!

Weiteres zur Friedrich-Naumann-Stiftung: Die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung ist eine sehr wichtige Unterstützerin des antidemokratischen Militärputsches in Honduras. Sie betreibt Regionalbüros weltweit. Ihr Regionalbüro vor Ort in Honduras weiß: Zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges setze Militär einen verfassungsmäßigen und demokratisch designierten Präsidenten ab - nicht um den Rechtsstaat in einem Land zu zerbrechen, wie es für Militärs in früheren Zeiten charakteristisch war, sondern um den Rechtsstaat wiederherzustellen. Dieser Fall könne daher nicht als "Staatsstreich" eingestuft werden (übersetzt aus dem Spanischen).

Hintergrundinformationen zu dem Militärputsch und der Rolle der Friedrich-Naumann-Stiftung: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57565>

Die Friedrich-Naumann-Stiftung bezeichnet sich als die Stiftung für die Freiheit, die FDP kolportiert sich als die "Liberalen". Lassen wir uns nicht täuschen, klopfen wir diesen "Freiheitskämpfern" auf die Finger.

Mit solidarischen Grüßen,

Wolfram Altekrüger, Thomas Elstner, Teimour Khosravi, Michael Maurer, Edgar Schu, Roland Klautke, Pia Witte, Helmut Woda

PS: Für das nächste, 31. bundesweite Treffen schlagen wir Sa, 15. August in Göttingen vor.

Koordinierungsstellen (Email-Adressen, „ at “ bitte durch „ @ “ ersetzen):

Michael Maurer, maurer.jueterbog@t-online.de (Brandenburg); Thomas Elstner, thomas_elstner@web.de (Gera/Thüringen); Helmut Woda, Helmut.Woda@web.de (Karlsruhe); Teimour Khosravi teik1111@gmx.de (Gießen/Mittelhessen); Pia Witte, pia@witte-leipzig.de (Leipzig/Sachsen); Roland Klautke, RolandKlautke@web.de (Berlin); Wolfram Altekrüger, W.Altekrueger@gmx.de (Sachsen-Anhalt)

Vernetzungsbüro: Edgar Schu, edgar.schu@die-soziale-bewegung.de, 0551 9964381 (Göttingen)

Wissenschaftliche Beratung: Peter Grottian, pgrottia@zedat.fu-berlin.de

Eintragen in/Austragen aus dem bundesweiten Rundmailverteiler per formlose Email an info@die-soziale-bewegung.de